

ANTRAG Stadtrat Klaus Stapf (GRÜNE) Stadträtin Anne Segor (GRÜNE) GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 25. Januar 2008	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	48. Plenarsitzung des Gemeinderates 11.03.2008 1304 12 öffentlich
Schulentwicklung in Karlsruhe		

1. Die Verwaltung strebt einen Schulversuch zur Entwicklung und Erprobung einer 10 - jährigen gemeinsamen Schule in Karlsruhe an. Diese Modellschule kann entweder als durchgängiger Bildungsgang beispielsweise an der neuen Schule in Karlsruhe Südost, oder als Kooperation mehrerer Grundschulen und einer Sekundarstufe pädagogisch und organisatorisch eingerichtet werden. Sie bemüht sich dabei um ein gemeinsames Vorgehen mit anderen Kommunen im Land, die ebenfalls innovative Schulmodelle einrichten wollen und berichtet darüber im Schulbeirat.

2. Außerdem wird eine kommunale Schulentwicklungskommission eingesetzt, die - beraten durch die Pädagogische Hochschule und VertreterInnen der Lehrer- und Elternschaft - regelmäßig tagt und die Bemühungen der Verwaltung aktiv unterstützt.

Sachverhalt / Begründung:

Längeres gemeinsames Lernen von Kindern wird nicht nur in der pädagogischen Fachliteratur, bei der Lehrgewerkschaft GEW, bei Schulpraktikern und Eltern, sondern vor allem auch von Bildungsforschern der OECD verlangt.

Ohne dies hier detailliert belegen zu wollen: Längeres gemeinsames Lernen - mit entsprechender individueller Förderung - würde besonders Kindern mit Migrationshintergrund nutzen und Kindern, die in bildungsfernen Elternhäusern aufwachsen. Aber auch diejenigen Kinder, die aufgrund ihres familiären Hintergrundes genügend Förderung erhalten, können - wie das skandinavische Beispiel zeigt - in vieler Hinsicht profitieren.

In Baden-Württemberg hält das Kultusministerium aber, anders als in anderen Bundesländern, starr am dreigliedrigen Schulsystem fest.

Einem probeweisen gemeinsamen Unterricht von Haupt- und Realschulklassen in den Jahrgangsstufen 5 und 6 hat sich Minister Rau in einer öffentlichen Erklärung allerdings aufgeschlossen gezeigt.

Die Stadt hat diese Chance genutzt und wird voraussichtlich solche Modellversuche an zwei Schulen einrichten.

Kooperationsklassen können nach Ansicht der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion ein erster pragmatischer Schritt sein, den Problemlagen von Hauptschülern gerecht zu werden und zum Wohle aller Kinder längeres gemeinsames Lernen zu verwirklichen.

Gleichermaßen ist es aber wichtig, dass weitere Formen gemeinsamen Lernens von Kindern unterschiedlicher sozialer Herkunft, Begabung und Leistungsfähigkeit entwickelt und erprobt werden. In Karlsruhe gibt es eine breite Zustimmung zur Entwicklung und Erprobung eines solchen Schulmodells, in dem Kinder von Klasse 1 - 10 gemeinsam lernen können, so dass Akzeptanz und Unterstützung gesichert sein würden.

Eine Modellschule Karlsruhe kann auf inhaltlich fundierte Vorarbeit bauen und sich an den Ergebnissen der Arbeitsgruppe „Schule Südstadt-Ost“ orientieren, in der Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Gewerkschaft, Pädagogische Hochschule und Verwaltung zusammengearbeitet haben. Verkürzt dargestellt geht es dabei im Kern um die Weiterentwicklung innovativer räumlicher, organisatorischer und pädagogischer Unterrichtskonzepte, die individuelle Förderung aller Kinder zum Ziel hat: sowohl besonders förderbedürftige als auch besonders begabte und leistungsstarke Schülerinnen und Schüler könnten dadurch ihre Leistungspotentiale besser entfalten.

In Zusammenarbeit mit Ravensburg, Tübingen und anderen Kommunen, die ähnliche Wege gehen wollen, sollten Anträge für solche Schulmodelle in Stuttgart gestellt werden. Langfristig gesehen kann auch die baden-württembergische Landesregierung sich den gemeinsamen Bestrebungen, innovative Schulmodelle zuzulassen, nicht verschließen.

Aber auch innerhalb der Kommune sollte die Diskussion zur Schulentwicklung einen neuen Schub bekommen. Sinnvoll wäre die Einrichtung einer gemeinderätlichen Kommission, die regelmäßig tagt und - beraten durch kompetente Ansprechpartner -

inhaltlich die für Karlsruhe gewünschten Modelle diskutiert und Empfehlungen an die Verwaltung geben kann. Dadurch wären die Fraktionen, die durch die Reihe in der Vergangenheit Vorstellungen und Ideen für die Schulentwicklung in unserer Stadt im Gemeinderat dargelegt haben, eingebunden und könnten gemeinsam die Entwicklung voranbringen.

unterzeichnet von:

Klaus Stapf

Anne Segor

Hauptamt - Sitzungsdienste -

29. Februar 2008